

16. Oktober 2009

www.kas.dewww.kas.de/prag

Nationalitätenkonflikt mit Ungarn wirbelt slowakische Parteipolitik auf

Zwischen der Slowakei und Ungarn tobt der „schärfste diplomatische Konflikt zweier Mitgliedsländer der Europäischen Union untereinander“, war zuletzt in internationalen Medien zu lesen. Besucht man aber die zweisprachige Südslowakei, um die es in all den Streitigkeiten geht, ist von Spannungen nicht viel zu spüren. Das Zusammenleben von Angehörigen der slowakischen und ungarischen Nationalität präsentiert sich weitgehend reibungsfrei bis harmonisch - auf jeden Fall unkomplizierter als die heftigen politischen Debatten der vergangenen Monate und Jahre vermuten ließen.

Bei näherem Hinsehen scheint der „Nationalitätenkonflikt“ zumindest in seiner inner-slowakischen Ausprägung eher eine hochgeschaukelte parteipolitische Auseinandersetzung zu sein. Damit lässt sich auch erklären, dass sich die beiden christdemokratischen Parteien slowakischer Nationalität (SDKÚ und KDH) aus der Debatte weitgehend heraushalten, obwohl sie mit der mitten im Gefecht stehenden Ungarn-Partei SMK/MKP bis 2006 durch eine erfolgreiche Regierungszusammenarbeit und bis heute durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei verbunden sind.

Slowakische Nationalpartei will Ungarn-Partei verbieten lassen

Die Forderung war so unerhört, dass sie Mitte Oktober 2009 nochmals von Neuem für Schlagzeilen sorgen konnte, obwohl sie eigentlich gar nicht mehr so neu war: Die mitregierende Slowakische Nationalpartei SNS wolle ein Verbot der oppositionellen „Partei der Ungarischen Koalition“ SMK (un-

garische Abkürzung MKP) erwirken. Einen entsprechenden Antrag werde man „demnächst“ der Staatsanwaltschaft übermitteln, kündigten die umstrittenen Koalitionspartner des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Robert Fico in einer Pressekonferenz an. Schon einen Monat zuvor hatte SNS-Parteichef Slota (ebenfalls nur in einer Pressekonferenz, statt in einem offiziellen Gremium) dieselbe Drohung ausgesprochen. Damals wollte er sich aber zunächst an den zuständigen Parlamentsausschuss wenden, diesmal war es die Staatsanwaltschaft.

Alle ernst zu nehmenden Politikexperten der Slowakei sind sich einig, dass die demokratiepolitisch dramatisch klingende Absichtserklärung der Slota-Partei nur eine theatralische Drohgebärde ohne reale Erfolgsaussicht bleiben wird. Denn weder sei sie auf Grundlage der slowakischen Verfassung juristisch argumentierbar, noch auf politischem Wege durchsetzbar. Schon im September hatten auch Premierminister Robert Fico und andere Spitzenpolitiker der stärksten Regierungspartei Smer-Sozialdemokratie dem damals noch an das Parlament adressierten Ansinnen Slotas eine klare Absage erteilt. Politologen wie Rastislav Tóth wiesen sogar darauf hin, dass ein tatsächliches Verbot der slowakischen Ungarnpartei für die SNS selbst politisch selbstmörderisch wäre: Denn „die nationalistischen Parteien des ungarischen (SMK/MKP) und slowakischen Lagers (SNS) brauchen sich gegenseitig“ als Feindbilder, um ihre eigene Daseinsberechtigung zur „Verteidigung“ der jeweils eigenen Nationalität zu legitimieren,

16. Oktober 2009

www.kas.de

www.kas.de/prag

meinte Tóth gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur TASR.

Zum weiteren Anheizen nationalistischer Emotionen war Slotas absurde Verbotsforderung aber allemal ausreichend. Denn der von ihm angeführte Anlass, mit dem er sogar den Tatbestand des „Hochverrats“ durch die SMK erfüllt sehen will, empört auch gemäßigte Politiker und Medien in der Slowakei. Es geht um die Teilnahme der slowakischen Ungarn-Partei SMK an dem vom ungarischen Parlament gegründeten „Forum der Abgeordneten des Karpatenbeckens“. Diese als ständige Einrichtung des ungarischen Parlaments (mit allerdings nur beratendem Charakter) etablierte Einrichtung vereinigt Parlamentarier der Republik Ungarn mit Parlamentariern ungarischer Nationalität aus den Nachbarländern Ungarns. Nicht nur für Slota, sondern auch für Fico entsteht damit der Eindruck, die ins slowakische (ebenso wie rumänische bzw. serbische) Parlament gewählten Abgeordneten entfalten ihre Aktivitäten nicht im Interesse ihres Heimatstaates, sondern „helfen einer ausländischen Macht (nämlich Ungarn), die Souveränität der Slowakei zu eliminieren“, wie es Slota formulierte. Weniger dramatisch formuliert schlug aber auch Fico in die selbe Kerbe und warf der SMK vor: „Diese Entscheidung der SMK (am Karpatenforum teilzunehmen) entwürdigt das slowakische Parlament, in dem die SMK-Abgeordneten ja eigentlich beheimatet sind“.

Ganz offensichtlich will Fico mit seiner Kritik an der SMK vor allem ein Signal an nationalistisch gesinnte Wähler aussenden: Die „nationalen“ Interessen der Slowakinnen und Slowaken würden durch ihn mindestens gleich gut verteidigt wie durch die aufgrund ihres unzivilisierten Umgangstons international nicht salonfähige SNS. Die drei Koalitionsparteien liefern sich ein Dreivierteljahr vor der nächsten Parlamentswahl und wenige Wochen vor den Regionalwahlen in allen acht Selbstverwaltungsregionen (im No-

vember) offensichtlich einen populistischen Wettlauf um jenes Wählersegment, das sich bisher fast ausschließlich durch die SNS vertreten fühlte. So preschte im Oktober prompt auch die kleinste Regierungspartei, die rechtspopulistische Bewegung für eine Demokratische Slowakei HZDS von Ex-Premier Vladimír Mečiar, mit einer eigenen Initiative für ein SMK-Verbot vor, ohne diese Absicht mit der SNS zu koordinieren. Schon im Jahr 2008 war die Teilnahme der SMK am Karpatenforum sogar Gegenstand einer Sondersitzung des slowakischen Parlaments gewesen.

Christdemokratische Partnerparteien halten sich heraus

Bis 2006 verband die SMK mit der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union SDKÚ von Ex-Premier Mikuláš Dzurinda und der Christlichdemokratischen Bewegung KDH von Ex-EU-Kommissar Ján Figel' eine erfolgreiche gemeinsame Regierungskoalition. Und alle drei Parteien gehören auf europäischer Ebene zur christdemokratischen Parteienfamilie EVP. Trotzdem nehmen SDKÚ und KDH ihren ehemaligen Koalitionspartner nicht im geringsten gegen die Angriffe von Seiten der Regierungsparteien in Schutz. Wenn sie sich überhaupt zum Thema äußern, dann eher mit verhaltener Kritik an der SMK. Denn auch SDKÚ und KDH stehen dem Karpatenbeckenforum und dem innigen Verhältnis der SMK/MKP zu politischen Kräften innerhalb Ungarns grundsätzlich misstrauisch gegenüber.

Dazu kommt als Hindernis für einen engeren Schulterschluss der SDKÚ und KDH mit der SMK/MKP auch, dass letztere seit der Wahlniederlage 2006 ihre Rhetorik geändert hat. Solange die SMK Teil der Regierung war, verzichtete sie auf besonders heikle „nationale“ Themen. Als Oppositionspartei setzt sie hingegen gerade darauf als ihr einziges wirkliches Alleinstellungsmerkmal, das sie von allen anderen Parteien unterscheidet. Damit befindet sie sich letztlich in einer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO SLOWAKEI

DR. HUBERT GEHRING

CHRISTOPH THANEI

16. Oktober 2009

www.kas.de

www.kas.de/prag

fatalen Zwickmühle: Geht es der ungarischen Minderheit besser, was ja an sich Ziel ihrer Politik ist, haben ihre Wähler weniger Grund, sie zu wählen. Verstärkt sich hingegen der Eindruck, die Minderheit sei bedroht, kann sie die eingeschüchterten Minderheitsangehörigen wieder verstärkt zur Stimmabgabe motivieren. Der österreichische EU-Parlamentarier Hannes Swoboda, der seit 2006 mehrfach als Vermittler zwischen Regierungspartei Smer-SD und Ungarnpartei SMK/MKP tätig war, meinte beispielsweise trotz seines persönlich guten Verhältnisses zu SMK-Parteichef Pál Csáky: „Ethnische bzw. national orientierte Parteien sind immer problematisch, weil sie nicht immer Spannungen abbauen, sondern oft verstärken.“

Weniger zurückhaltend formulieren slowakische Medien dieses Dilemma: Als sich am 10. September die Premierminister Ungarns und der Slowakei, Robert Fico und Gordon Bajnai in Szécsény zu einer Aussprache trafen, um den hochgeschaukelten diplomatischen Konflikt zwischen beiden Ländern zu mildern, schrieb die linksliberale (aber nicht regierungsnah!) Tageszeitung Pravda in Bratislava unter der Überschrift „Falsches Duo am falschen Platz“: Eigentlich hätte Fico nicht mit Bajnai reden sollen, sondern mit Pál Csáky, denn „der Kern des Problems ist Csákys Partei (...). Die Lügen und Erfindungen über das slowakische Sprachengesetz haben ihren Ursprung nicht in Budapest. Die ungarische Regierung übernahm sie von der Partei der Ungarischen Koalition.“ Die Zeitung bezog sich damit darauf, dass die ungarische Regierung ihre Kritik an einem slowakischen Staatssprachengesetz immer wieder mit Befürchtungen begründete, die das Gesetz nicht wirklich enthält.

Die Versuche der ungarischen Regierung, eine Rücknahme des umstrittenen slowakischen Gesetzes zu erzwingen, waren letztlich auch eine Ursache für bilaterale Konflikte zwischen beiden Ländern in 2009. Das Gesetz bildete auch die Begründung für den

ungarischen Staatspräsidenten László Sólyom, seinen slowakischen Amtskollegen nicht offiziell treffen zu wollen, sondern nur zu „Privatbesuchen“ in die Slowakei zu fahren. Gerade ein solcher von Sólyom geplanter „Privatbesuch“ zu einer ungarischen Nationalfeier auf slowakischem Boden ohne Beteiligung eines Vertreters der Slowakei eskalierte Ende August zum größten diplomatischen Skandal seit langem zwischen beiden Ländern. Heftig kritisiert wird in den slowakischen Medien aber auch die Internationalisierungs-Strategie der SMK: Insbesondere die Absicht, noch in diesem Jahr den amerikanischen Kongress zu einer Stellungnahme gegen das slowakische Staatssprachengesetz zu bewegen. Dies sei nur ein weiterer Schritt, mit Lobbying bei sachkundigen Autoritäten Stimmung zu machen, anstatt im Inland über strittige Detailfragen zu diskutieren.

Parteilpolitische Interessen auch im ungarischen Lager

Für die SMK/MKP hat sich die Situation in der Slowakei aber noch zusätzlich dadurch verkompliziert, dass im Konflikt mit Csáky aus der Partei ausgeschiedene Politiker eine Konkurrenzpartei gegründet haben, die erfolgreich im selben Wählerreservoir fischen dürfte. Die vom früheren SMK-Chef Béla Bugár geführte Partei Most-Híd (slowakisch bzw. ungarisch für „Brücke“) definiert sich zwar selbst nicht als reine Ungarn-Partei, sondern will auch slowakische Wähler an sich binden. Bisherige Umfragen lassen aber erkennen, dass sie vor allem der SMK Stimmen wegnimmt. Von der slowakischen Medienöffentlichkeit wird sie dabei als die „gemäßigte“ Alternative zur „nationalistischen“ Csáky-Partei wahrgenommen.

Nicht unwichtig für die grenzüberschreitende Eskalation der slowakisch-ungarischen „Nationalitätenkonflikte“ ist aber auch der parteipolitische Hintergrund in Ungarn selbst, auf den an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden soll.